

Streit um richtige Energiepolitik

ÖA 06.06.2013

Wirtschaft Büfep kritisiert Beteiligung der Stadtwerke an Solaranlage im Norden

Von unserem Redakteur
Harald Gebhardt

■ **Bad Kreuznach.** Die Kostenexplosion bei den Energiepreisen bleibt ein brisantes Thema: In der Mai-Sitzung des Bad Kreuznacher Stadtrats wurde leise Kritik an der Energiepolitik der Stadtwerke laut. Die Beteiligung des regionalen Energieversorgers mit 808 500 Euro an dem Solarkraftwerk Bardenup des Stadtwerke-Gesellschafters Enovos Deutschland AG in Schleswig-Holstein passte nicht jedem Ratsmitglied.

Vor allem die Grünen forderten, dass die Stadtwerke zwar schon in regenerative Energien investieren sollten, aber vor Ort, in der Region. Die meisten Ratsmitglieder sahen den Einstieg als lukrative Kapitalanlage, die mit geschätzten 7 Prozent ordentlich Rendite abwirft. Mit großer Mehrheit stimmte der Rat der Beteiligung zu.

„Die Teilhabe rechnet sich“, sagte Jens Heblich (CDU). Und man müsse schließlich „das Wohl des Unternehmens im Auge behalten“. Dennoch schlug er in der Sitzung vor, man solle den Streit zum Anlass nehmen, in einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen der Stadtwerke über die künftige

strategische Ausrichtung der Energiepolitik des Unternehmens nachzudenken. Auch Elred Sickel (Bürgerliste) äußerte Bedenken „as die Transparenz angeht“. „Warum ist die Auswahl gerade auf dieses Projekt gefallen?“, fragte er, wohl wissend, dass Enovos 24,5 Prozent der Anteile an den Stadtwerken hält.

„Anstatt die Bürger auf Verteuerungen einzustimmen, sollten die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Stadtrates darüber nachdenken, wie eine sozial verträgliche Energiepolitik gestaltet werden kann.“

Die Büfep in ihrer Presseerklärung

Schon lauter fällt angesichts nach wie vor steigender Energiepreise für die Bürger die Kritik des Bündnisses für soziale Energiepreise und gerechte Politik (Büfep) an den Stadtwerke und der Entscheidung des Stadtrates aus: „Anstatt die Bürger auf Verteuerungen einzustimmen, sollten die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Stadt-

rates darüber nachdenken, wie eine sozial verträgliche Energiepolitik, soziale Gerechtigkeit und Bürgernähe gestaltet werden können“, fordern die Büfep-Vorstandsmitglieder Wilhelm Zimmerlin, Gerd Cremer und Reinhard Nuehlen in einer Pressemitteilung.

Stattdessen, so heißt es darin weiter, „beschließt der Stadtrat den Kauf von Anteilen an einem Solarkraftwerk in Schleswig-Holstein in Höhe von 808 500 Euro, die ausschließlich aus Barmitteln der Stadtwerke, quasi aus der Portokasse, bezahlt werden“. Sinnvoller wäre es gewesen, so die Büfep, dieses Kapital in Form von Preissenkungen an die Bürger weiterzureichen, statt Großkonzernen wie Enovos die Finanzierung von Energieprojekten zu ermöglichen. „Doppelt makaber“ wird dieser „unsägliche Beschluss“, wenn man berücksichtigt, dass diese Anlage der Enovos AG, seines Zeichens zu fast einem Viertel Anteilseigner der Stadtwerke, gehört.

Die Büfep kündigt darüber hinaus an, einen Eiwohnerantrag auf den weg zu bringen, „der die Rückerstattung unberechtigter Preiserhöhungen auch an diejenigen Bürger zum Gegenstand hat, die nicht geklagt haben“.